

Protokoll Arbeitsgruppe 3: Kommunale Verantwortung

Bei der Fachtagung: „Ernährungsarmut überwinden, das Recht auf Nahrung stärken - für eine gerechte und nachhaltige Ernährungspolitik, die alle erreicht!“

Freitag, 21. Feb. 2025

Berlin

Moderation: Lorena Unger

ungefähre Teilnehmerzahl: ca. 40 (95% weiblich)

ÜBERBLICK:

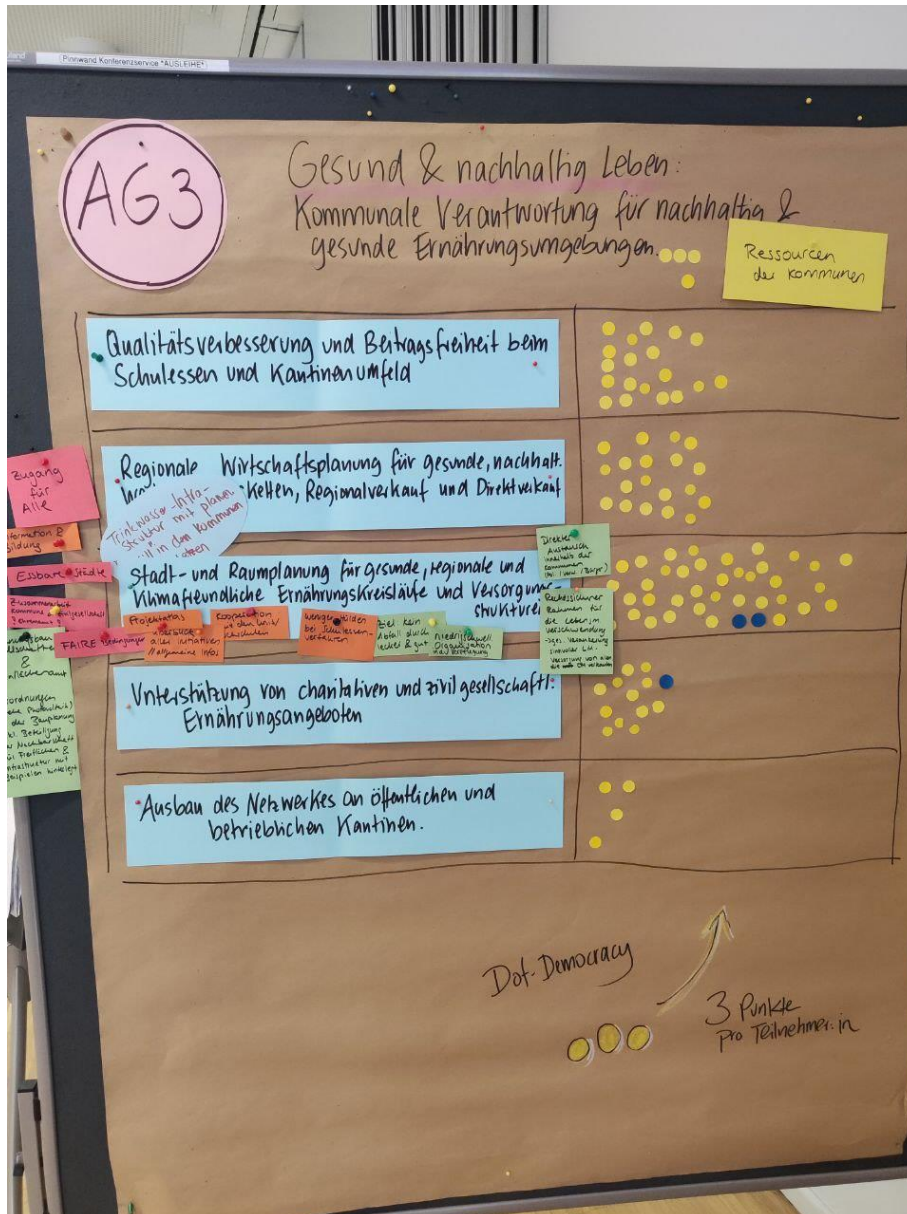
1. Schwerpunkte des Austausches

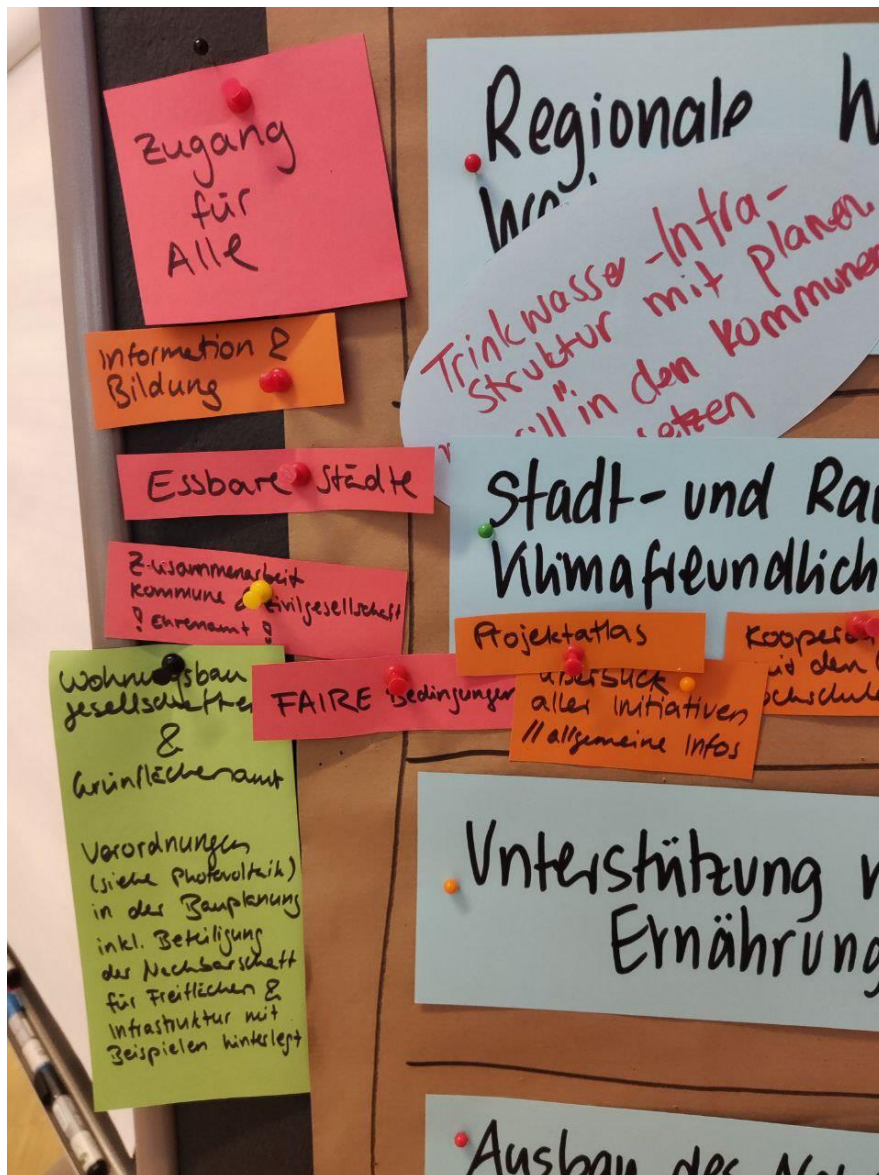
- Welche Schlagwörter, Themenblöcke oder Ziele wurden besonders oft erwähnt?
 - Verantwortung für Veränderung (wer hat sie, wem gebührt sie), Spanne zwischen Zivilgesellschaft, Ehrenamt und Bürokratie, kommunale Verpflichtung
 - (kommunale) Infrastruktur in Bezug auf Ernährungsumgebungen
 - Kooperation & Regulierung des LM-Einzelhandels
 - Food Deserts im ländlichen Raum
 - Eingeschränkter Transport, Verkehr
 - Fehlende Daten, Informationen, Sammlung & Bereitstellung durch Kommune, Informationsfluss
 - Alters Diskriminierung
 - digitale Kompetenz, Apps, Smartphones
 - Essbare Stadt, Obstbäume, Hof Begrünung, Balkone
 - Wohnbaugesellschaften, Bewohner:innen/Mieter:innen Partizipation
 - Schulessen, kostenfreie Kita und Schulessen
 - Lebensmittelabfälle, Verschwendung in der Verpflegung
 - Kochen im Curriculum

- Wo gab es eher Konsens, wo eventuell Kontroversen
 - Insgesamt hauptsächlich Konsens, besonders bei
 - Stadt essbar bepflanzen, Schwammstadt
 - Rechtsrahmen gegen Lebensmittelverschwendung notwendig
 - Kontroversen bei Bestellsystemen für Schulessen, befürworten oder nicht, viele pro contra Argumente
 - Contra: Kindern bekomme tlw. kein Essen, weil Bestellung vergessen, Karte/Chip nicht dabei, Eltern Bestellung nicht umsetzen können wegen sprach Barriere oä Hindernissen, Kinder wissen auch nicht mehr was bestellt wurde und essen trotzdem nicht auf, Eltern bestimmen für Kinder, ohne diese einzubeziehen

- Pro: funktioniert in den anderen Bundesländern, mit anderen Bestellsystemen besser, effizientere Planung, weniger wird weggeworfen

Fotos von Flipchart/Inhalten





INPUTS:

Input Ulrike Arens-Azevêdo (Ökotrophologin) : Beim Thema sind viele verschiedene Verwaltungs- und Politik-Ebenen verantwortlich, Zuweisung und Zuständigkeit ist komplex (Stadt, Kommunale Verwaltung, gemeinnützige Organisationen als Träger von Gemeinschaftseinrichtungen). Kommune am Ende der Nahrungskette im übertragenen Sinn; Großteil der Kommunen hat zu wenig Geld, nur vereinzelt reiche Kommunen an großen Industrie Standorten, gegenübergestellt zum ländlichen Raum mit wenigen verfügbaren finanziellen Mitteln. In DE kostet das Schulessen im Schnitt 5,50 EUR für die Eltern, in HH ist Elternbeitrag bei 4,70 EUR eingefroren, gerade in Süddeutschland teilweise deutlich über dem Durchschnitt. Trotzdem sind diese Beträge subventioniert (auch an Wasser, Energie, Räumlichkeiten). Beispiel Dänemark: dort nehmen Kommunen die Versorgung der älteren Bevölkerung ernst, holen sie ab um Essen in Gemeinschaft zu ermöglichen. Es gibt viele Ideen, (Studie Bertelsmann Stiftung, Regionen ohne Nahversorgung, ernährungstechnische Wüste). „paradiesische Zustände“ in Berlin, was die Verfügbarkeit an Nahrung angeht, nicht zu vergleichen mit anderen Regionen, wo keine Verfügbarkeit oder Infrastruktur für

Ernährung gerade für ältere Menschen besteht. Zugang für alle, aber insbesondere ältere Menschen. Fehlende Infrastruktur gerade in Landstrichen mit alternder Bevölkerung. Großer Handlungsbedarf, der hohe finanzielle Mittel in Anspruch nehmen wird. Ehrenamt kompensiert derzeit viel, der Staat darf sich nicht aus der Verantwortung ziehen (vgl. Tafeln). Auch wichtig: ältere Menschen werden zum großen Teil zuhause versorgt von Angehörigen/der Zivilgesellschaft, nicht in stationären Einrichtungen. Dazu kommt der Fachkräftemangel, im Umkehrschluss macht es Sinn, niedrigschwellige Angebote (Mittagstische, Gemeinschaftstische) zu schaffen (auch hier wieder im Ehrenamt, eine andere Möglichkeit zur schnellen Abhilfe besteht derzeit nicht). Zu den Handlungsempfehlung zählt auch der Lebensmitteleinzelhandel: Trend, sich Essen liefern zu lassen. Kein Problem in Berlin, da hier Strukturen bestehen. Außerhalb der Großstädte besteht diese Möglichkeit nicht.

„Die Kommune hat riesige Verantwortung, riesige Baustellen, und wie wir die in Zukunft bewältigen – das wird sehr spannend.“ Zitat Ulrike Arens-Azevedo

Input Saskia Richartz (Ernährungsrat Berlin): Unterstützt Argument für Zentralität der Gemeinschaftseinrichtungen. Planung für Ernährungsumgebungen muss durch städtische und kommunale Akteure berücksichtigt werden; Anstoß, die Umgebung als Teil der Ernährungsfrage wahrzunehmen. Ähnlich wie bei kommunalen Mobilitätskonzepten, müssen auch Ernährungsumgebungen vielfältig, dezentral und modular gedacht werden. Strukturen müssen in der Stadtplanung angepasst werden, so dass sie Verfügbarkeit und Nahversorgung leisten. Ernährungsbildung ist immer gut - aber kann systemische Strukturen nicht durchbrechen/ausgleichen. Beispiel Falkenhagener Feld in Spandau, Machtstrukturen durch die Dominanz von wenigen Lebensmitteleinzelhandelsketten/örtliche Monopole, die die Preisstrategie bei Lebensmitteln festlegen. Kritische Infrastruktur benennen, vom Feld bis zum Teller karitative, öffentliche Angebote mitdenken und auf die Agenda setzen, ebenso Gemeinschaftsverpflegung, Kantinen, Mittagstische usw. in Abgrenzung zum privaten Lebensmitteleinzelhandel. Begrifflichkeit ist nützlich, um Zusammenhang zu Klima-Resilienz und Notfallplanung zu verdeutlichen. In Berlin sind einige Dinge passiert/es gibt gute Beispiele: Lebensmittelpunkte, Ernährungslots*innen unterstützen die Vernetzung im Kiez. Nächster Schritt: Strukturen der öffentliche Wohnungsbaugesellschaften nutzen, kennen Nachbarschaft, können beitragen, um schlechtversorgte Haushalte zu erreichen und Ernährungszugang in die Nachbarschaft zu tragen und/oder durch Räume zu unterstützen. Angebot im Stadtbild verbessern: Beispiel ehem. „Milch-pilze“ um Calcium-reiche Nahrung in die Stadt zu bringen, vergleichbar mit Erdbeer- und Spargelstände. Denkbar wäre, Beispiel regionale und saisonale Versorgung mit Obst und Gemüse sichtbar machen zB Stand in U-Bahn-Station, oder Abholstationen der Solidarischen Landwirtschaft öffentlich im Stadtbild platzieren, sichtbar machen.

THEMENAUSTAUSSCH:

Ausschluss der älteren Bevölkerung in der alimentären Teilhabe

- Um auf Lieferdienste zurückgreifen zu können, braucht es digitales Know-how und Kreditkarte (z.B. Rewe Lieferdienst), Bestellung über Telefon geht nicht. Damit ist ein

Personenkreis, der auf diese Leistung angewiesen wäre (ältere Bevölkerung, Menschen mit Erkrankungen), ausgeschlossen

- Too good too go verteilt digitale 50% Rabatt Voucher unter Tafel-Kund*innen, aber nur ein Bruchteil der Kund*innen kann dieses Angebot nutzen, Voraussetzung dafür ist auch immer, dass man finanzielle Ressourcen hat, um ein Smartphone zu kaufen, und die Kenntnisse, dieses zu benutzen

Handlungsspielräume der Kommune ausschöpfen

- Kommune sagt oft: Wir planen nur, wir steuern nicht. Hier wünschen wir uns ein anderes Selbstverständnis und Verantwortungsbewusstsein
- Steuerungsmöglichkeiten z.B. beim Genehmigungsverfahren von Supermärkten sind immer Aushandlungssache
- Kommunen könnten Platz für Lagermöglichkeiten und frei verfügbare Trinkwasserstellen schaffen oder beim Lebensmitteleinzelhandel einfordern
- Zumindest in öffentlichen Einrichtungen (Kantinen in öffentlichen Einrichtungen) ist Steuerung möglich, z.B. Lebensmittelbeschaffung knüpfen an bestimmte Kriterien (z.B. Regionalität und Kleinbäuerlichkeit vgl. Brasilien)
- Gärten von Mietshäusern / Wohnungsbaugesellschaften nutzen, um Gemeinschaftsgärten anzulegen; Voraussetzung: Mieter*innengesellschaft muss Lust darauf haben >> Klimaresiliente Städte, Schwammstadtkonzepte etc. für Nahrung nutzen

Beitragsfreies Schulessen und Lebensmittelverschwendung

- In Berlin wurde beitragsfreies Schulessen eingeführt, das Bestellverfahren wurde erneuert um Lebensmittelabfälle zu reduzieren, bei den Eltern direkt mit Caterer den Vertrag schließen für 2- oder 4-wöchigem Turnus. Praktische Probleme in der Umsetznug/Userfreundlichkeit: Keine Barrierefreiheit, keine Mehrsprachigkeit, zu weite Planung; das führt dazu, dass manche Kinder kein Essen erhalten.
- Diskussion daran zu hängen, was an Lebensmitteln übrigbleibt, ist nicht zielführend: Verschwendung muss überall ganz grundsätzlich angegangen und vermieden werden. Ziel muss sein, ein niedrighschwelliges Angebot zu schaffen, dass selbstverständlich auch Lebensmittelverschwendung vermeidet.
- „Solange das Wegwerfen von Lebensmitteln erlaubt ist, darf das Retten von Lebensmitteln nicht verboten sein“ (Zitat Sabine Werth)

Altersdiskriminierung durch Digitalisierung

- Alle stimmen überein, dass Angebote auf die Bedürfnisse/Fähigkeiten der Zielgruppe angepasst sein müssen und insb. ältere Bevölkerung berücksichtigen

Ernährungsbildung

- Es fehlt an Wissen und Kompetenzen, deshalb auf Ernährungsbildung setzen: z.B. Kochwissen an Schulen, als Fachetablieren; kochen mit Kindern muss in die Curricula der Schulen, mit kochen lernen lernt man auch in anderen Bereichen, Anwendung wissen zB auch für rechnen
- Bildung allein kann systemische Strukturen nicht überwinden
- ➔ Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, in wie weit die Förderung von Ernährungsbildung zu der Problemlösung beitragen kann

Modelle für beitragsfreies Schulessen

- Kontroverse: Hochschwelliges Verfahren schließt Kinder aus. Aber Niedrigschwelliges Verfahren kann zu überbordenden Lebensmittelabfällen führen

Von Flächennutzbarmachen hin zu Flächenumverteilung / Essbare Städte

- Verantwortung Grünflächenamt, um Flächen für Gemüseanbau anzulegen
- Essbare Stadtkonzepte, verknüpft mit Schwammstadtkonzepten, Konzepte für Klima entwickelt, Chance für Stadt Begrünung, essbare Städte bsp Kiwi, Beeren, Obstbäume
- Gemeinschaftsgarten unter Beteiligung der Mieter*innen muss bei Neubau mitgedacht werden, eventuell lässt sich die über eine Verordnung ermöglichen

Fehlende Regulierung LEH

- Einigkeit darüber, dass LEH stärker reguliert werden soll, doch unklar, welche politische Ebene hier die Zuständigkeit trägt (und was die Kommune leisten kann)
- Einspruch: Wichtig ist nicht nur, was wir von Kommunen fordern, sondern auch wie Kommunen ausgestattet sind (Finanzierung, Personal)

Wer trägt die Verantwortung?

- Ehrenamt ist wichtig (z.B. Voraussetzung für Gemeinschaftsgarten im Mietshaus) aber darf nicht staatliche Verantwortung substituieren (Grünflächen pflegen, Tafel)

WICHTIGE ERGEBNISSE UND EMPFEHLUNGEN

- Stichwort „kritische Infrastruktur“ ist noch zu abstrakt, es sollte ausbuchstabiert werden, welche Einrichtungen damit gemeint sind
- **Lösungen müssen inklusiv** sein und auf Bedürfnisse und Fähigkeiten der benachteiligten Menschen eingehen (insb. ältere Menschen mit Armutserfahrungen)
- Klimaanpassung hat derzeit Priorität in **Stadtplanung** (z.B. Anlegen von Hecken, Parks, Stadtbegrünung), hier ist ein Window of Opportunity, um auf Versorgungsstruktur hinzuweisen und Ernährung mitzudenken: Obststräucher, Obstbäume, Kiwis...

- **Datenlage und Information verbessern:** Kommune und Verwaltung könnten eine wichtige Rolle einnehmen, in dem sie Informationen über Nahversorgungslage erheben, bündeln und bereitstellen (z.B. Obststräucher, Balkongärtnern, Kantinen, „Ernährungsatlas“...)
- Hinweis: Das machen die Ernährungslots*innen in Berlin bereits, sie haben die Information und übernehmen die Vermittlung und Beratung mit der Bevölkerung im Kiez/Bezirk; Kontaktstelle zwischen Bürger*innen und Bezirksverwaltung
- **Kantinenplanung:** nach außen hin öffnen und für Außenstehende das Essen ermöglichen, oder Belegschaft die Mitnahme von Mahlzeiten nach Betriebsschluss zu stark vergünstigter Preise ermöglichen (vgl. Amazon und BVG Kantinen)